

Der vergessene Krieg

Sebastian Range ist Mitglied der Hintergrund-Redaktion und schreibt regelmäßig über Kriege und deren geopolitischen Hintergründe

Wie eine „Koalition der Willigen“ den Jemen in Schutt und Asche legt

Anfang Dezember veröffentlichte der Bundesnachrichtendienst einen Bericht, in dem er vor der destabilisierenden Rolle Saudi-Arabiens warnt. Als Beleg für seine Analyse sieht der deutsche Auslandsgeheimdienst vor allem den saudischen Militäreinsatz im Jemen, mit dem der Golfstaat beweise, „militärische, finanzielle und politische Risiken einzugehen, um regionalpolitisch nicht ins Hintertreffen zu geraten“.

Berlin reagierte verärgert, distanzierte sich vehement und ließ einen Regierungssprecher verlauten: „Die in diesem Fall öffentlich gemachte Bewertung spiegelt nicht die Haltung der Bundesregierung wider. Die Bundesregierung betrachtet Saudi-Arabien als wichtigen Partner in einer von Kriegen geschüttelten Weltregion.“

Was passiert derzeit im Jemen, von dem die Bundesregierung offensichtlich keinerlei Notiz zu nehmen gedenkt? Am 25. März 2015 griff Saudi-Arabien zusammen mit einer „Koalition der Willigen“ – Bahrain, Katar, Kuwait, die Vereinigten

Arabischen Emirate und Ägypten – sowie mit aktiver Unterstützung der Vereinigten Staaten sein Nachbarland Jemen an.

Söldner aus aller Herren Länder

Amnesty International spricht von schlimmsten Kriegsverbrechen durch die vom Westen unterstützte saudische Allianz, bei den Militäraktionen wird auf Zivilisten keinerlei Rücksicht genommen. Noch dazu kämpft die „Koalition der Willigen“ de facto an der Seite al-Qaidas, deren jemenitischer Ableger als Drahtzieher der Anschläge auf die Redaktion von Charlie Hebdo in Paris gilt.

Ihrem offiziellen Ziel, den ins Exil geflüchteten und vom Westen nach wie vor anerkannten Präsidenten Abd Rabbuh Mansur Hadi in der Hauptstadt Sanaa gewaltsam zu inthronisieren, ist die Koalition auch nach neunmonatigem Bombardement nicht wirklich näher gekommen.

Auch der seit Juli stattfindende Einsatz von Bodentruppen – eine „Scheckbuch-Armee“ (Spiegel) mit gekauften Söldnern aus aller Herren Länder, darunter Sudanesen, Senegalesen und Kolumbianer – brachte nicht die gewünschten Erfolge. Zwar konnten die Huthi-Rebellen und die mit ihnen verbündeten Teile der jemenitischen Armee, die Hadis Vorgänger Ali Abdullah Salih die Treue halten, aus dem Süden des Landes einschließlich der wichtigen Hafenstadt Aden vertrieben werden.

Doch die vollmundig angekündigte Eroberung der nördlich gelegenen Hauptstadt versackte in dem gebirgigen Gelände, das die Truppen der Allianz passieren müssen, um Sanaa zu erreichen – es bietet eine ideale Umgebung für die Guerilla-Taktiken der Huthis.

Nach Monaten des Rückzugs war es Anfang November 2015 gelungen, wieder Richtung Süden vorzustoßen und die Truppen der Golfstaaten zurückzuwerfen. Mit ihrer Offensive konterkarierten die Huthis den Zweckoptimismus des saudischen Außenministers Adel al-Jubier, der wenige Tage zuvor erklärt hatte: „Ich bin von Natur aus Optimist, daher würde ich sagen, dass der Konflikt im Jemen sein letztes Stadium erreicht hat. Wir sehen einer stabilen Nation und einem blühenden Jemen entgegen.“

Angesichts der Realitäten vor Ort ist das Ausmaß des in dieser Aussage enthaltenen Zynismus kaum zu übertreffen. Durch Saudi-Arabiens Krieg hat sich die ohnehin prekäre humanitäre Lage in dem Land, das mit seinen rund 26 Millionen Einwohnern als Armenhaus Arabiens gilt, katastrophal verschlechtert. Schon vor dem Angriff durch die saudische Koalition lebte jeder dritte Jemenite in absoluter Armut. Vor allem in ländlichen Gebieten war Mangelernährung keine Seltenheit – nun ist sie zum Normalfall geworden.

Laut UN-Angaben von Mitte November sind inzwischen über 80 Prozent der Bevölkerung auf humanitäre Hilfe angewiesen. Bereits im August warnte das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen vor einer „schweren Hungersnot“.

Seitdem hat sich die Lage weiter verschlechtert. Ein Großteil der zivilen Infrastruktur in den von den Huthis (ehemals) kontrollierten Landesteilen wurde durch die Bombardements der Allianz zerstört – und zwar gezielt, wie Amnesty International feststellte.

Anfang November meldete die UNO, dass 2.500 Zivilisten durch die Bombar-

dierungen getötet worden seien; die tatsächliche Zahl dürfte deutlich höher liegen.

Die medizinische Versorgung für diejenigen, die bei diesen Angriffen und anderen Kriegshandlungen verwundet werden, ist kaum noch zu gewährleisten. Viele Krankenhäuser mussten schließen, der Mangel an wichtigen Medikamenten ist eklatant. Zudem werden Gesundheitseinrichtungen „gezielt angegriffen“, so das Internationale Rote Kreuz (IRK), das Mitte November von fast einhundert Angriffen auf Krankenhäuser seit Beginn der saudischen Intervention sprach.

Ein solcher Angriff erfolgte auch Ende Oktober auf eine von Ärzten ohne Grenzen (MSF) unterstützte Klinik in der Kleinstadt Haydan, die für 200.000 Menschen in der Region die einzige medizinische Versorgung bot. Stundenlang wurde die Einrichtung bombardiert, deren GPS-Koordinaten laut MSF der saudischen Allianz mehrfach mitgeteilt worden waren. Zudem war „das Dach der Einrichtung eindeutig und gut sichtbar mit dem Logo von Ärzten ohne Grenzen gekennzeichnet“, heißt es in einer Stellungnahme der Hilfsorganisation.

Im Jemen herrsche „ein kompromissloser Krieg“, in dem die Bevölkerung als „legitimes Ziel“ betrachtet werde, erklärte MSF-Missionschef Hassan Boucenine. Dabei würden „Märkte, Schulen, Straßen, Brücken, Lastwagen mit Nahrungsmitteln, Flüchtlingslager und Gesundheitseinrichtungen bombardiert und zerstört“. Der – von den saudischen Stellen verleugnete – Angriff auf das Krankenhaus in Haydan sei „ein weiterer Beleg für die absolute Missachtung von Zivilisten im Jemen, wo Bombardements zum Alltag geworden sind“, so Boucenine.

Diese Missachtung drückt sich auch in dem Einsatz international geächteter Streubomben über Wohngebieten aus. „Im Jemen sieht es nach fünf Monaten Bürgerkrieg schlimmer aus als in Syrien nach fünf Jahren“, beschrieb IRK-Präsident Peter Maurer die Lage nach seiner Rückkehr aus dem arabischen Land.

„Die durch die saudischen Luftschläge getöteten Zivilisten sind genauso unschuldig wie die Menschen, die in Paris getötet wurden“, schreibt The American Conservative nach den Terroranschlägen in Paris vom 13. November. Die Tendenz der öffentlichen Reaktion, sich „nur auf die zivilen Opfer einiger Attacken“ zu konzentrieren, gleichzeitig die Toten in anderen Konflikten „völlig zu übersehen“, sei „seltsam und beunruhigend“ – „insbesondere wenn diese Toten von Regierungen verursacht werden, die unsere volle Unterstützung haben“.

Mörderische Blockade

Ebenso katastrophal wie die direkten Kriegshandlungen wirkt sich die gegen den Jemen verhängte Blockade aus – das Land ist besonders stark auf Nahrungsmittelimporte angewiesen. Neben knappen Medikamenten haben die Menschen vor allem unter dem Mangel an Treibstoff, mit dem Stromgeneratoren in Krankenhäusern und viele Wasserpumpen im Land betrieben werden, zu leiden. Laut der Hilfsorganisation Oxfam sind 20 Millionen Jemeniten von der Versorgung mit sauberem Trinkwasser abgeschnitten. Seuchen wie Cholera breiten sich mit zunehmender Geschwindigkeit aus.

Das Einfuhrverbot lebenswichtiger Güter könne sich „bald tödlicher“

auswirken als „Krieg und Gewalt“, warnt die Hilfsorganisation, deren für die Hauptstadt Sanaa zuständiger Direktor nach dreimonatiger Blockade davon sprach, es sei „beinah unmöglich, zu überleben“. Bereits zu diesem Zeitpunkt mussten laut der Hilfsorganisation Save the Children über 150 Gesundheitszentren, die vor allem Hunger leidende Kinder mit Nahrung versorgt hatten, ihren Betrieb einstellen.

Verschärft wurde die Lage Mitte August durch die gezielte Bombardierung des Hafens der Stadt al-Hudaida, der als Hauptzugang für die Lieferung humanitärer Güter in die nördlichen und zentralen Landesteile diene. Der Angriff gefährde das Überleben von 14 Millionen Menschen, die „bereits jetzt dringend auf Hilfe angewiesen sind“, hieß es in einer Stellungnahme von Save the Children. UN-Nothilfekoordinator Stephen O’Brian verurteilte den Angriff als Verstoß gegen das Humanitäre Völkerrecht. Das Ausmaß des Leidens im Jemen sei „unfassbar“.

Die Teilnehmer der Kriegsallianz müssen kaum fürchten, für ihre Kriegsverbrechen zur Rechenschaft gezogen zu werden – denn diese wären ohne westliche Mithilfe und Waffenlieferungen gar nicht möglich. Eine Schlüsselrolle spielen dabei die



Foto: Peter Werner.

Vereinigten Staaten, die einen gemeinsamen Planungsstab mit Saudi-Arabien eingerichtet haben. Washington liefert Geheimdienstinformationen, sorgt für den Munitionsnachschub, betankt Bomber der Kriegsallianz in der Luft und beteiligt sich mit eigenen Schiffen an der Seeblockade.

Die mithilfe eigener Satelliten und Drohnen vollzogene Zielauswahl der Luftangriffe liegt maßgeblich in den Händen des US-Militärs, das seinen Beitrag damit begründet, es würde das von den Raketen und Bomben verursachte Schadensgebiet „berechnen“, um „zivile Opfer zu vermeiden“. Wohl um Vorwürfen der Beteiligung an Kriegsverbrechen vorzubeugen, wird das Pentagon jedoch nicht müde, zu betonen, „die letzte Entscheidung“ für einen Angriff liege „bei den Mitgliedern der saudisch geführten Koalition“. Von deren Luftoperationen sei er „beeindruckt“, erklärte Mitte November Charles Brown, Kommandeur des für die Region zuständigen Zentralkommandos der US-Luftwaffe. „Wir haben die gleiche Mentalität“, so der US-General. Kurz darauf gab das Pentagon ein weiteres milliardenstarkes Rüstungsgeschäft mit Saudi-Arabien bekannt: Die Luftwaffe der Golfmonarchie erhält 19.000 Bomben im Wert von 1,2 Milliarden Euro.

Auch Deutschland ist ein wichtiger Lieferant von Kriegsgerät. Im ersten Halbjahr 2015 wurden Rüstungsgüter in Höhe von 178 Millionen Euro nach Saudi-Arabien geliefert. An die Vereinigten Arabischen Emirate, die die meisten der im Jemen am Boden kämpfenden Soldaten der Allianz stellen, lieferte Berlin im selben Zeitraum Kriegsgerät für 46 Millionen Euro, darunter Panzerhaubitzen, Panzertransporter und 3#000 Maschinenpistolen.

Amnesty Internationals dringender Aufruf an die westlichen Regierungen, die Rüstungslieferungen an die Teilnehmer der Allianz einzustellen, stößt auch in Berlin auf taube Ohren – dabei hatte Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen während der Münchener Sicherheitskonferenz im vergangenen Jahr noch die Prämisse ausgegeben: „Gleichgültigkeit ist für Deutschland keine Option mehr.“

Die Allianz kann ihre Kriegsverbrechen im Jemen völlig unbekümmert nicht nur mithilfe deutscher Waffen, sondern

auch mit politischer Rückendeckung aus Berlin begehen. Wenige Tage nach Beginn der Militärintervention bekundete Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier sein „Verständnis für das saudische Vorgehen“.

Von dieser vom Westen vertretenen Position profitiert vor allem al-Qaida. Deren jemenitische Ableger, der unter dem Label AQAP (al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel) agiert, gilt als größter und gefährlichster Spross des Terrornetzwerkes. Die Dschihadisten und die saudische Kriegsallianz haben einen stillschweigenden Pakt geschlossen und behelligen einander nicht – auch die USA stellten mit Beginn der saudischen Intervention ihre Drohnenangriffe auf das Terrornetzwerk ein.

Auch der „Islamische Staat“ gewinnt im Jemen zunehmend an Boden, obwohl er personell noch weit von der Stärke al-Qaidas entfernt ist. Beide Seiten – der IS und al-Qaida – haben „ihre Differenzen beiseitegelegt, um ihren gemeinsamen Feind zu bekämpfen, die schiitischen Huthi-Rebellen“, berichtete die BBC im September. Der britische Sender stellte zudem fest: „Ironischerweise werden sie unterstützt von Luftschlägen derselben Länder – Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate –, die ihnen normalerweise feindlich gegenüberstehen.“

Dank dieser freundlichen Unterstützung gelang es al-Qaida, weite Teile des Landes unter Kontrolle zu bringen. Inzwischen beherrscht AQAP den Osten des Jemen einschließlich der wichtigen Hafenstadt al-Mukallah. Auch im Südwesten konnten die Dschihadisten im Windschatten der Allianz-Bodentruppen ihre Position ausbauen.

Über vielen öffentlichen Gebäuden der im Juli von der Allianz eroberten Hafenstadt Aden weht nun ihre schwarze Fahne. „Sie stürmen Klassenräume in Universitäten und verlangen ein Ende des gemeinsamen Studierens von Männern und Frauen, sie geben in Supermärkten Schüsse in die Luft ab, um Kassiererinnen zu zwingen, sich zu verhüllen, sie belästigen Familien, die am Strand einen muslimischen Feiertag zelebrieren“, beschrieb Reuters Ende Oktober die Bestrebungen der Islamisten, das öffentliche Leben nach ihren fundamentalistischen Vorstellungen zu ordnen.

Er fürchte, die Stadt werde unter ihre „totale Kontrolle“ fallen angesichts der „Abwesenheit des Staates“, äußerte sich ein Mitarbeiter der Hadi-Regierung. Die in der Stadt stationierten Truppen der saudischen Allianz überlassen es anderen, für Ordnung und Sicherheit auf der Straße zu sorgen. „Wir verstehen nicht, was ihre Aufgabe ist“, zitiert die Washington Post einen einheimischen Ingenieur. „Hier herrscht Chaos.“ Angesichts all der bewaffneten Gruppen „können wir nicht mal sagen, wer gehört zu al-Qaida, wer gehört zum Islamischen Staat, oder wer ist einfach nur ein Verbrecher“, beschreibt ein anderer Einwohner gegenüber AP die Lage.

Bis zur Eroberung Sanaas soll die Hafenstadt „Präsident“ Hadi und seinem Kabinett als zwischenzeitlicher Regierungssitz dienen. Trotz der anhaltend prekären Sicherheitslage kehrte Hadi Mitte November nach Aden zurück, dieses Mal, um „für immer“ zu bleiben – bereits im September war er aus dem saudischen Exil in die Stadt zurückgekommen, sein Kabinett musste aber nach Bombenanschlägen des „Islamischen Staates“ schon bald darauf die erneute Flucht ins Ausland antreten.

Militärischer Sieg nicht in Sicht

Angesichts der mäßigen militärischen Erfolge und des zähen Widerstandes der Huthi-Rebellen dämmert es auch dem saudischen Königshaus, dass es eine militärische Lösung in seinem Sinne nicht geben wird. Der saudischen Koalition falle es zunehmend schwer, „einen gesichtswahrenden Weg zu finden, um diesen kostspieligen Konflikt zu beenden“, lautet die Einschätzung der Washington Post.

Der Sprecher des Militärbündnisses, Ahmed al-Asiri, postulierte hingegen Mitte November schönfärberisch: „Unserer Koalition ist in sieben Monaten gelungen, was die NATO in elf Jahren in Afghanistan nicht geschafft hat.“ Ginge es um einen Wettbewerb, ein Land nachhaltig zu destabilisieren, dem saudischen Brigadegeneral wäre wohl recht zu geben.

Dieser Text wurde im Dezember 2015 geschrieben und im Nachrichtenmagazin „Hintergrund“ 1/2016 erstveröffentlicht. Aus redaktionellen Gründen gekürzt.